

Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2021
UVB-Positionen und Wahlprogramme der Parteien im Überblick

Stand: 28. Juni 2021

RESTART NACH CORONA

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Neustart der Wirtschaft	<p>Drei Säulen des Berlin-Pakts: Entlastung – Förderung – Investitionen.</p> <p>Alles, was die Wirtschaft hemmt, werden wir auf den Prüfstand stellen. [...] So werden wir den Berliner Unternehmen einen Neustart ermöglichen.</p> <p>Wir werden alle Förderprogramme einem „Krisen-Check“ unterziehen.</p> <p>Die besonders getroffenen Unternehmen im Kongress- und Messegeschäft, der Gastronomie, der Hotellerie und des Einzelhandels werden wir durch ein stärkeres Engagement bei visit Berlin und Berlin Partner unterstützen. (S. 37)</p>	<p>Mit Wirtschaftshilfen auf Bundesebene dafür sorgen, dass die Berliner Unternehmen gut durch die Krise kommen, Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen (S. 83).</p> <p>Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, Start einer Kulturoffensive, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann ... Hierfür sollen Programme des Bundes und des Landes genutzt werden. (S. 24)</p>	<p>Wegen der gewaltigen Auswirkungen der Corona-Krise sind zusätzliche konjunkturelle Impulse mit Ende der Pandemie erforderlich. Bei der Ausgestaltung entsprechender staatlicher Konjunkturprogramme sind soziale und ökologische Zielstellungen zu berücksichtigen. (S.34)</p> <p>„Neustartinitiative“ im Kulturbereich (S.22)</p>	<p>Krisenresilienz stärken, Digitalisierung voranbringen und die Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung der Klimakrise vorantreiben (K-4)</p>	<p>Ein klarer Stufenplan ist gefordert: Eine stufenweise Öffnung sobald eine Inzidenz erreicht ist, bei der die Nachverfolgung sichergestellt werden kann.</p> <p>Die IBB muss ihre Programmstruktur auf Krisenfestigkeit prüfen. Nötigenfalls sind Volumina zu erhöhen, und andere Förderzwecke zu kürzen.</p> <p><i>(Aktuelle Position der Partei, nicht im Wahlprogramm)</i></p>	<p><u>Öffnungsstrategie</u> für Handel, Hotellerie und Gastronomie</p> <p>In einem <u>Förderpaket</u> „Neustart“ Liquiditätssicherung, Wachstumsförderung und Digitalprämie bündeln</p> <p><u>Taskforce</u> für umfassende Nutzung der Bundesmittel aus <u>Konjunkturprogramm</u> und Zukunftspaket</p> <p><u>Öffentliche Investitionen</u> verstärken, Genehmigungsprozesse beschleunigen, Gesetze (u.a. zu Bau und Vergabe) vereinfachen</p> <p>Keine neuen finanziellen und bürokratischen <u>Belastungen</u> für die Unternehmen</p>

WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B`90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Industriepolitik	<p>Industriepolitik ist die wichtigste Aufgabe eines Wirtschaftsensors.</p> <p>Schwerpunkt Industrie 4.0, dafür Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Bereich Deep-Tech massiv fördern. (S.41)</p>	<p>Engere Verflechtung von moderner Industrie mit anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung. (S. 56)</p> <p>Mit Berliner Reallabor-Strategie Innovationsräume schaffen. (S. 57)</p> <p>Steuerungskreis Industriepolitik und den Masterplan Industrie weiterentwickeln (S. 57)</p>	<p>Stärkung der Berliner Industrie.</p> <p>Schaffung einer „Berliner Industrie-Holding“. Dafür sollen durch Landesbeteiligungen Mittel für die Grundfinanzierung und Liquiditätssicherung von in die Krise geratenen Unternehmen bereitgestellt werden. (S. 35)</p>	<p>Wir setzen auf alternative Wirtschaftsmodelle, die Nachhaltigkeit und Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen. (S. 87)</p> <p>Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie Produktion sollen zusammengeführt werden (S. 86)</p> <p>Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit (S. 86)</p>	<p>Postulat für Technologieoffenheit, Wettbewerb und ein Minimum an Bürokratie.</p> <p>Berlin als attraktiven Standort unter Fachkräften bekannt machen – dafür Einsatz eines individuellen und personenbezogenen Marketings. (S. 21)</p>	<p>Berlin muss wichtiger <u>Standort im digitalen Industriezeitalter</u> werden. Deshalb digitale Innovationen und die industrierelevante digitalen Technologien fördern (siehe Innovationspolitik)</p> <p><u>Ganzheitliche Industriepolitik</u> mit dem Ziel, Produktion in der der Stadt zu halten</p> <p><u>Industriefähiges Breitband und 5G</u> flächendeckend ausbauen (siehe Digitalisierung)</p>
Innovationspolitik	<p>Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Industrie mit dem Ausbau des Clustermanagements fördern; KI- und Quantenforschung ausbauen („Quanten-Hauptstadt“) (S. 118)</p>	<p>Innovations- und Clusterstrategie (innoBB 2025) mit Brandenburg ausbauen (S. 57)</p>	<p>Bewährte Clusterstrategie weiter fördern (S.41)</p>	<p>Bei der Clusterstrategie weiterhin den Fokus auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft legen. (S. 86)</p>	<p>Aufnahme eines Handlungsfeldes „Künstliche Intelligenz“ in die innoBB, um Berlin als KI-Standort sichtbarer zu machen (S. 28)</p>	<p>innoBB-Cluster auf <u>die Märkte</u> Energie, Mobilität und Gesundheit <u>fokussieren</u>.</p> <p>Neues <u>Digitalcluster</u> mit Schwerpunkten IIoT, KI, VR/ AR, 3D-Druck als <u>Crosscluster</u> etablieren</p>

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Standortpolitik / Zukunftsorte	<p>Etablierung eines Future Health Campus im Berliner Zentrum für innovative Gesundheitslösungen (S. 21)</p> <p>Urban Tech Republic zu einer digitalen und nachhaltigen Modellstadt entwickeln (S. 72)</p>	<p>Die Hotspots BER und TESLA mit den Zukunftsorten (Adlershof u. Schöneweide) zu einem „Innovationskorridor“ entwickeln - Analog Siemensstadt 2.0 und TXL – Urban Tech verknüpfen (S. 60)</p>	<p>Einsatz der Fördermittel in die Clusterstrategie und in „Zukunftsorte“ wie den Flughafen Tegel sowie in den „Masterplan Industrie“ (S.34)</p>	<p>Die Förderung der elf Zukunftsorte Berlins soll weitergeführt werden (S. 83)</p>	<p>Berlin als führenden Standort für IKT und Deep Tech (Big Data, Industrie 4.0, Telematik, Internet der Dinge und Dienste) etablieren (S. 28)</p>	<p>Politische Begleitung des Projekts „Siemensstadt² als Blaupause für moderne Wirtschaftspolitik</p> <p><u>Wissenschaftseinrichtungen an den Zukunftsorten stärken.</u> (z.B. kompletter HTW-Umzug nach Oberschöneweide)</p> <p>Zukunftsorte und bestehende Industriegebiete verknüpfen</p>
Vergabe / Mindestlohn	<p>Ein modernes Berliner Mittelstands- und Vergabegesetz beschließen und Vergaben an kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe und Unternehmen mit neuen Ideen „made in Berlin“ voranbringen (S. 35).</p>	<p>Mindestvergütungen bei Vergaben von Aufträgen (S. 57).</p> <p>Kleinteiligere Vergaben für Soloselbständige (S. 58).</p> <p>Landesmindestlohn auf mindestens 13 Euro anheben (S. 63).</p>	<p>„Innovative Vergaben“ realisieren, bei der eine Problemstellung statt einer Auftragsleistung ausgeschrieben wird (S. 35)</p> <p>Vergabemindestlohn von 12,50 Euro; Reduzierung der Vergabestellen in Berlin; Ausweitung ökologischer Vergabekriterien (S. 41)</p>	<p>Durchsetzung des Landesmindestlohn (12,50 Euro) und der Einhaltung der Tariftreue in der Vergabe (S. 91)</p>	<p>Berliner Landesvergabegesetz abschaffen und künftig nur noch das Vergaberecht des Bundes anwenden (S. 23)</p>	<p>Grundsätzlich: Lohnfestsetzung ist <u>Aufgabe der Sozialpartner</u></p> <p><u>Auftragsvergabe muss mittelstandsfreundlicher werden:</u> Wertgrenzen anheben, vergabefremde Kriterien reduzieren</p> <p>„<u>Innovationspartnerschaft</u>“ im Vergabegesetz zur Innovationsförderung nutzen</p>

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Startup-Wirtschaft	<p>Potenzial der Start-Ups als Wachstums- und Innovationstreiber stärker fördern. Über eine Innovation-Agentur sollen Start-Up- Unternehmen direkt bezuschussen und spezielle Inkubatoren lizensieren, die ihrerseits Start-Ups fördern und Wagniskapital ausgeben (S. 35)</p>	<p>Berliner Start-Up-Agenda erneuern und Möglichkeiten der Wachstumsfinanzierung mit IBB ausbauen (S. 57)</p> <p>Mit einem zentralen Fördernavigator und einem Chancen-Fonds den Zugang zu Fremdkapital erleichtern (S. 57)</p>	<p>Digitalisierung der Wirtschaft mit Startups voranbringen</p> <p>Berlin zu einer städtischen Innovations-agentur nach Vorbild des „Digital Innovation Office“ in Barcelona ausbauen (S. 35)</p>	<p>Startups nutzen für das Leitmotiv „Berlin zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit entwickeln“ (S. 88)</p>	<p>Internationale Startup-Städtenetzwerk ausbauen (S. 27)</p> <p>Experimentierklauseln ermöglichen die vorbildhafte Erprobung neuer Technologien (S. 26)</p> <p>Wir werden das „Berliner Startup Stipendium“ weiterentwickeln (S.26)</p> <p>Wir werden die IBB Venture Fonds erhöhen (S. 26)</p>	<p><u>Industry-Startup-Netzwerk stärken</u></p> <p><u>Startups als Digitalisierungspartner</u> in Verwaltung, Bildung und Gesundheit etablieren – dafür Digital-agentur Berlin stärken</p> <p>Startup-Aktivitäten der Hochschulen finanziell absichern</p> <p><u>Startup-Unit</u> besser ausstatten</p>
Gewerbeflächen / -mieten	<p>Gewerbeflächen: bei größeren Bauvorhaben einen angemessenen Flächenanteil für kleine und mittlere Unternehmen zu Verfügung stellen.</p> <p>Einrichtung einer Clearingstelle für Gewerbeansiedlungen analog zum Clearingverfahren beim Bau von Wohnungen (S. 37)</p>	<p>Vorhandene, noch nicht aktivierte Gewerbeflächen schnellstmöglich ertüchtigen – z.B. über Erbpachtverträge (S. 60)</p> <p>Neues Gewerbemietrecht, um Kleingewerbetreibende und soziale Einrichtungen besser gegen Kündigung und Mieterhöhung zu schützen (S. 37)</p>	<p>Die Bereitstellung bezahlbarer Gewerbeflächen ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung (S. 37)</p> <p>Die Partei setzt sich auf Bundesebene auf einen Gewerbemietendeckel ein (S. 23)</p>	<p>Den Flächenankauf weiter ausbauen, keine Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohnflächen.</p> <p>Einführung einer Gewerbemietpreisbremse.</p> <p>Landeseigene Gewerbehöfe sollen entwickelt werden (S. 87)</p>	<p>„Berliner Mischung“ aus Gewerbe, Wohnen und Kultur erhalten. Die Ausweisung von Mischgebieten und die Nutzung der neu geschaffenen Möglichkeit zur Ausweisung „urbaner Gebiete“ ausweiten (S. 23)</p>	<p><u>Umwandlungsverbot</u> zur Sicherung von Gewerbeflächen</p> <p><u>Gewerbeflächeninformationssystem GeFIS</u> öffentlich zugänglich machen</p> <p><u>Anbindung von Gewerbegebieten</u> verbessern; Beispiel Marienpark</p>

FACHKRÄFTE, BESCHÄFTIGUNG UND AUSBILDUNG

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Arbeit 4.0 / Beschäftigung im Wandel	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass Gelder für die Weiterbildung der Beschäftigten in Unternehmen zurückgestellt werden. 1.000 Euro pro Mitarbeiter im Jahr sollen steuerfrei gesichert werden. Diese dürfen ausschließlich für die Anpassung auf die Digitalisierung verwendet werden. Ausgaben für berufliche Weiterbildung von Privatpersonen steuerlich fördern (S. 42)</p> <p>Wir wollen eine „Transformations-Agentur“ in der Bundesagentur für Arbeit, die die Transformation von Berufen analysiert und geeignete und Weiterbildungsmaßnahmen für einzelne Berufsgruppen findet. (S. 42)</p>	<p>Task-Force „Arbeit und Ausbildung“. Senat, Gewerkschaften, Kammern, Betriebe und Verbände sollen erarbeiten, wie kurzfristig Aus- und Weiterbildungskapazitäten geschaffen werden können (S. 62)</p> <p>Präventive Arbeitsmarktpolitik soll Menschen gezielt fördern, die ihre Branche wechseln und den Wunsch haben einen Engpassberuf zu erlernen (S. 62)</p>	<p>Wegen der Digitalisierung soll eine staatliche Jobgarantie geprüft werden (S. 42). Gesetzliche Rahmenbedingungen und Angebote für berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen sollen verbessert werden (S. 44)</p>	<p>Digitale berufsbezogene Kompetenzen müssen an allen Lernorten übergreifend gefördert werden (S. 112)</p>	<p>Die Digitalisierung ändert unser Leben und Arbeiten. (...) Mit einem Weiterbildungsgesetz wollen wir einen einheitlichen Rahmen für Weiterbildung in Berlin schaffen. (S. 18)</p>	<p><u>Strukturwandel</u> durch innovative Bildungsangebote und Qualifizierungen in der Digitalisierung <u>unterstützen</u></p>

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Mobiles Arbeiten	Wir wollen mehr Flexibilität bei den vorhandenen Arbeitszeitmodellen schaffen, verbindliche Regelungen für mobiles Arbeiten und die Einrichtung von Homeoffice schaffen (...). (S. 102) Damit die Einkommens-Lücke zwischen Frauen und Männern endlich geschlossen wird, unterstützen wir die Einführung von Familienarbeitszeit, flexiblen Arbeitszeiten, digitalem Arbeiten und innovative Modelle von Job-Sharing. (S. 102)	Dialog „Neue Arbeit“ (mobile Arbeit) mit dem Landesamt für Arbeits- und Gesundheitsschutz, den Unfall-, Kranken- und Rentenversicherungen und den Gewerkschaften, mit dem Ziel einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur für die Betriebsparteien. (S. 63)	Wir wollen, dass aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie auch im öffentlichen Dienst die richtigen Lehren gezogen werden: Es braucht noch mehr differenzierte Arbeitszeitmodelle, noch mehr Möglichkeiten für mobiles Arbeiten und noch flexiblere Modelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. (S. 74)	Künftig wollen wir mobiles Arbeiten [in der Verwaltung] zur Standard-Option machen (S. 180)	Erleichterung von Homeoffice und die Entzerrung von Arbeitszeiten (S. 42) Die Schaffung von Homeoffice-Alternativen für klassische Bürotätigkeiten muss vorangetrieben werden: Homeoffice-Check für jede neu geschaffene Stelle in Ämtern. (S. 89)	Die Begrifflichkeiten Homeoffice und mobile Arbeit werden synonym genutzt, sind rechtlich aber zu unterscheiden. Der Ausbau der mobilen Arbeit ist richtig und sinnvoll. Der dafür notwendige Rechtsrahmen ist vorhanden, weitere Regelungen nicht zielgerecht.
Attraktivität für Arbeitnehmer	Wir setzen uns dafür ein, dass Einwanderungsverfahren für hochqualifizierte Fachkräfte deutlich schneller und so unbürokratisch wie möglich durchgeführt und abgeschlossen werden. (S. 42)	Wir arbeiten dafür (...) Unternehmer:innen sowie Investor:innen gute Voraussetzungen zu bieten, Betriebe zu gründen und mit ihren Unternehmen zu wachsen, damit gute, attraktive Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können. (S. 10)	Wenn die Vorteile für die bestehenden Industrieunternehmen der Stadt nutzbar gemacht werden, kann eine moderne und zukunftsfähige Industrielandschaft mit attraktiven Arbeitsplätzen entstehen. (S. 34).	Berufliche und private Attraktivität der Stadt fördern, internationalen Zuzug stärken. „BIS“ unterstützen – (S. 85f)	Berlin braucht Fachkräfte und muss deshalb ein attraktiver Standort werden. Die Herkunft von Fachkräften spielt für uns keine Rolle, sondern nur ihr Talent und ihre Fähigkeiten. Wir werden den Berliner Business Immigration Service kundenorien-	Berlin muss als Stadt zum Wohnen und Leben interessant bleiben.

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
	Wir streben an, (...) eine neue Ära der Werkwohnungen einzuleiten. (...) Auch für Beschäftigte des Landes und seiner Unternehmen werden wir Werkwohnungen errichten. (S. 62)		Die ökologische Transformation muss dabei so ausgestaltet werden, dass dafür nicht die Beschäftigten mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen müssen und neue attraktive Arbeitsplätze entstehen. (S. 34)		tiert ausbauen und die Leistungserbringung beschleunigen, damit ausländische Fachkräfte gut in Berlin ankommen. (S. 20)	
Duale Ausbildung	<p>Jugendliche, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht gelingt, sollen eine überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) beginnen, in deren Verlauf ein Wechsel in eine reguläre berufliche Ausbildung angestrebt wird. (S. 18)</p> <p>Wir werden ein Berliner Institut für Berufliche Bildung (B.I.B.B.) einrichten das Planung, Entwicklung sowie das Marketing für die berufliche Bildung gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft unter einem Dach bündelt. (S. 19)</p>	<p>Branchen, die vom Nachwuchsmangel betroffen sind, unterstützen wir durch eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicherung der Ausbildung des Fachkräftenachwuchses. (S. 52).</p> <p>Um die Übergänge auch nach dem Verlassen der Allgemeinbildung zu stärken, prüfen wir die Einführung des 11. Schuljahres (S. 52).</p> <p>Wir wollen mit einer Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen in Berlin eine Ausbildung ermöglichen (S. 52)</p>	<p>Verbundausbildung stärken (S. 43).</p> <p>Junge Menschen, die kein Studium aufnehmen wollen, sollen ein Angebot für einen Ausbildungsplatz erhalten (Ausbildungsgarantie) (S. 95).</p>	<p>Der Kernbereich der beruflichen Bildung ist die duale Ausbildung. Ihre Bedeutung soll auch an den Oberstufenzentren wieder gestärkt werden. (S. 110)</p>	<p>Wir wollen mehr junge Menschen zur Ausbildungsreife begleiten. Deshalb setzen wir uns für ein Berliner Bündnis für die Ausbildung ein, damit möglichst viele junge Menschen die Voraussetzungen erfüllen, eine Ausbildung beginnen und abschließen. (S. 14f)</p>	<p>Modernisierung der dualen Ausbildung.</p> <p>Eine Umlage ist als Branchenlösung nur akzeptabel, wenn sie auf Wunsch der jeweiligen Tarifpartner eingeführt wird.</p> <p>Ein 11. Pflichtschuljahr verlagert Versäumnisse aus der Regelschulzeit in die OSZ.</p> <p>Rein rechnerisch besteht eine Ausbildungsplatzgarantie. Nötig sind geeignete Brückenangebote für „Altbewerber“ mit schlechteren Voraussetzungen.</p>

BILDUNG

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Schulqualität	Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen und Fähigkeiten. Deswegen muss es unterschiedliche Lernangebote und Schulformen geben, damit alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Stärken und Fähigkeiten bestmöglich gefördert werden. (S. 8)	Chancengerechtigkeit ist für uns das zentrale Ziel einschließlich einer bedarfsgerechten Ressourcensteuerung. (S. 42)	Ausreichend und gut qualifizierte Fachkräfte sind die zentrale Grundlage für ein gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen die besten Entwicklungschancen sichert. (S. 89)	Alle Berliner Schulen brauchen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine stärkende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen. (S. 101)	Wir wollen die besten Schulen Deutschlands – moderne Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler zu verantwortungsvollen und freien Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und sie auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten. (S. 8)	Qualifikationen der Schulabgänger in Kernfächern und in Sozialkompetenzen verbessern. Regelmäßige Lernstandserhebungen, klare Kosten-Nutzen-Analysen bei Bildungsprojekten, professionellere Schulleitungen und ein System aus Eigenverantwortung und Unterstützung für die Schulen.
Digitale Bildung	Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte müssen entweder ein eigenes digitales Endgerät besitzen oder ein Leihgerät erhalten... Wir werden eine einheitliche Berliner Schulcloud für alle Schulen in Berlin bereitstellen, die virtuelles Lehren und Lernen ermöglicht.	Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule ein, um für alle Schülerinnen und Schüler eine gute und gleichwertige Ausstattung mit mobilen Endgeräten zu erreichen (S. 46).	Digitale Bildung dient der Förderung vernetzten Denkens und dem Erlernen moderner Kulturtechniken. Wir wollen die Rolle von Digitalkompetenzen (...) für Pädagog:innen, Erzieher:innen und Kollegien stärken. (S. 95)	Digitales Lernen ... müsste längst Alltag sein! Deshalb wollen wir nach der Pandemie die Krise als Anlass nutzen, den digitalen Kulturwandel auch an Berliner Schulen so umzusetzen, dass er auch einen pädagogischen Nutzen bringt. (S. 113)	Wir wollen die digitale Transformation der Wissensvermittlung im Berliner Schulwesen einleiten, um in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Lehren und Lernen unabhängig von Ort und Zeit zu ermöglichen. (S. 8)	<u>Bundesmittel des Digitalpakts</u> endlich umfassend nutzen: Dabei z.B. für Infrastrukturkonzepte Unternehmens-Know-How einbinden. Ganzheitliche Digitalisierungsstrategie von Infrastruktur, Software, Lehrformate und Weiterbildung. Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte in <u>School of Digital Education</u> bündeln.

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
	Wir werden virtuelles Lehren und Lernen zum festen Bestandteil der universitären 445 Ausbildung von Lehrkräften machen (S. 17)					
Berufsorientierung	Wir werden Ausbildungsinhalte frühzeitig in den Schulen thematisieren und in den Stundenplan integrieren. Schülerinnen und Schüler sollen sich nicht erst in den Jahrgängen 9 und 10 mit ihrer Berufswahl beschäftigen. Jugendliche sollen außerdem verbindlich in der Berufsorientierung begleitet werden. (S. 10)	Die Teams zur Berufs- und Studienorientierung (BSO-Teams) in den Schulen sollen auch digital weiter ausgebaut und Projekte in Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft nachhaltig gestärkt werden. (S. 52)	Wir wollen, dass jede:r Schüler:in die Schule mit einer Perspektive für eine berufliche oder akademische Ausbildung verlässt. (S. 88)	Kein*e Jugendliche*r soll mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ein, die noch keine Anschlussperspektive haben. (S. 113)	Wir setzen uns für einen flächendeckenden Werkunterricht ... und eine insgesamt verbesserte Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ein. Letzteres wollen wir beispielsweise durch sogenannte Botschafter erreichen. (S. 13)	In den Schulen muss die Berufswelt verbindlicher, praxisnäher und frühzeitig thematisiert werden. Die JBA muss Schulabgänger bedarfsgerecht beraten und im Vermittlungsprozess unterstützen. An diesen Zielen muss die JBA gemessen werden.

DIGITALISIERUNG UND VERWALTUNG

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Organisation der Digitalisierung im Senat	Einführung einer eigenen Senatsverwaltung für Personal und Digitalisierung, um diese wichtigen Zukunftsthemen aus einer Hand und mit gebündelter Zuständigkeit entschlossen voranzutreiben. (S. 78)	Zukünftig soll in jeder Behörde eine „Stabstelle Digitalisierung“ eingerichtet werden (S. 69)	Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung umsetzen. Das umfasst die Migration zu einer zentralen Administration, verbesserte Homeoffice-Fähigkeiten und die Datensicherheit genauso wie eine elektronische Aktenführung und medienbruchfreie, komplett digitale Geschäftsprozesse. (S. 74)	Statt Verantwortung über mehrere Senatsverwaltungen, eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets (S. 120). In den Bereichen Open Source-Coding und IT-Beratung eigene zentrale Kompetenzen des Landes Berlin aufbauen (S. 119).	IT-Staatssekretär (CIO) stärken. Der Aufgaben- und Funktionsbereich soll ausgebaut werden, und die Funktion soll von zentraler Stelle in alle Hauptverwaltungen hineinwirken. Digitalisierungs- und Datenstrategie forciert das E-Government, die E-Justice und die Digitalisierung der Berliner Schulen (S. 86).	<u>Digitalstrategie</u> für Berlin entwickeln. <u>Senator/in für Digitalisierung</u> (in der Senatskanzlei) muss den Digitalisierungsprozess ressortübergreifend steuern: Begrenzung des Ressortprinzips sowie zentrale Veranschlagung von Digitalisierungsbudgets und -personal: Ressourcen werden den Senatsverwaltungen zur eigenverantwortlichen Fremdbewirtschaftung zugewiesen.
Digitale Infrastruktur	Durch zügige Digitalisierung die Berliner Verwaltung grundlegend erneuern. Hierzu sind alle Verwaltungsebenen der Stadt einzubeziehen. Hierfür ist der Neu-	Wir werden uns in Bund und Land für eine Gigabit-Strategie einsetzen. Auch den Zugang zur 5G Infrastruktur und kommenden Netztechnologien vorantreiben. Wir werden die Grün-	Infrastruktur, die für eine zukunftsfähige Verkehrswende, Umweltschutz und die Effizienz in der Stadtverwaltung benötigt wird, in offenen Standards (z. B. LoRa-WAN) entwickeln.	Wir wollen dem Ziel „Glasfaser-Hauptstadt“ näherkommen. Wir prüfen, ob mit einem landeseigenen Unternehmen der Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen kann.	Wir werden zusammen mit der Wirtschaft den Glasfaserausbau in Berlin beschleunigen und für eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in allen Teilen der Stadt sorgen. Wir setzen uns für	Flächendeckende Glasfaser-Anschlüsse Für den unternehmensrelevanten Netzausbau ist ein Strukturplan „Industrie-Breitband“ notwendig, der Glasfaser- und 5G-Netze für

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
	und Aufbau einer modernen IT-Infrastruktur genauso notwendig, wie die Ausstattung der Verwaltung mit zeitgemäßer Hardware und mobilen Endgeräten (S. 79)	derung eines Berliner Infrastrukturbetriebes zum Ausbau und Betrieb von modernen Infrastruktur-Netzen prüfen (S. 69)			eine flächendeckende Versorgung mit 5G-Mobilfunk ein. (S. 91) Wir wollen uns im Bund für die Einführung eines günstigen Universaldiensts mit mindestens 25 MBit/s Bandbreite einsetzen. (S. 91)	wirtschaftliche und industrielle Anwendungen umfasst. Ob ein landeseigenes Unternehmen das Netz schneller ausbaut, muss - angesichts der schleppenden Digitalisierung der Verwaltung durch das landeseigene ITDZ - bezweifelt werden.
Digitale Verwaltung / ITDZ	Einrichtung einer zentralen Servicestelle für IT-Fragen mit angemessener Personalausstattung am IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ). (S. 17)	Wir wollen wir verstärkt in die IT-Infrastruktur, IT-Ausstattung und in moderne digitale Anwendungen und Kollaborationstools investieren, insbesondere in den 12 Bezirken. Dabei werden alle IT-Vorhaben standardisiert, nutzerfreundlich, datenschutzgerecht und barrierefrei gestaltet (S. 67)	Die Vereinheitlichung der Administration, die Modernisierung und die Home-Office-Fähigkeit der Behörden muss vorangetrieben werden. Das ITDZ nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein, für die es personell ausgestattet und finanziert sein muss. (S. 107)	Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen ... schaffen wir den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse. (S. 119)	Alle Behördengänge sollen rund um die Uhr digital [...] in einem einheitlichen „digitales Rathaus“ erledigt werden können. (S. 86) Wir wollen die Zusammenarbeit [...] mit den öffentlichen IT-Dienstleistern der Länder und des Bundes stärken und die Monopolstellung des ITDZ reduzieren. Ziel muss es sein, die bundesweit bestmöglichen Lösungen zu beschaffen. (S. 87)	<u>Digitalisierungsoffensive der Verwaltung</u> mit abgestimmten Hardware- und Softwarekonzepten, medienbruchfreier Kommunikation in allen Haupt- und Bezirksverwaltungen und <u>einem digitalen Kulturwandel</u> .

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Online-Dienste für alle Bürger	Einrichtung eines zentralen Bürgeramtes mit digital vom Endgerät abrufbaren Dienstleistungen. Ausbau der Möglichkeiten von Online-Anträgen über das Service-Portal Berlin. (S. 76)	Für die wichtigsten Verwaltungsleistungen Online-Anwendungen anbieten, nach dem „Lebenslagen-Prinzip“ (S. 66) In Ergänzung zu den Bürgerämtern ämterübergreifende Kiezbüros oder mobile Bürgerämter einrichten (S. 65)	Unser Ziel ist es, dass die Bürger:innen barrierefrei, bedienungsfreundlich und direkt mit den Ämtern kommunizieren können, ob digital oder vor Ort. Der Einsatz von KI-Systemen sollte auch behördenintern ermöglicht werden ... (S. 74)	Für Online-Service: Bis 2026 sollen alle öffentlichen Gebäude ans Glasfasernetz angeschlossen werden; Prüfung, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen den Ausbau des Glasfasernetzes schneller meistert (S. 180)	E-Government-Gesetz des Landes Berlin reformieren und es besser auf die Vereinbarungen beim Onlinezugangsgesetz (OZG) ausrichten. Ziel muss es sein, bis Ende 2022 die medienbruchfreie und interoperable Digitalisierung aller Dienstleistungen einzuleiten (S. 85)	Onlinezugangsgesetz fordert die vollständige Digitalisierung aller Dienste bis Ende 2022. Berlin wird dieses Ziel nicht erreichen. Taskforce, um Prozess zu beschleunigen. Neben dem digitalen Bürgerkonto <u>digitales Unternehmenskonto</u> entwickeln
Open Data	Auf Basis eines Open-Data-Angebots neue digitale Angebote für die Akteure der Stadtentwicklung entwickeln (S. 72)	Künftig sollen alle wichtigen Daten auf einem Berliner Transparenzportal für alle frei einsehbar zur Verfügung stehen (S. 66)	Die Daten der öffentlichen Verwaltung müssen [...] in offenen Formaten veröffentlicht werden. Für das Business-to-Government-(B2G)-Data-Sharing müssen Kommunikationsstandards geschaffen werden. Die Vereinnahmung des digitalen Berlins durch Konzerne mit nutzerdatengetriebenen Geschäftsmodellen soll gebremst werden. (S. 104)	Open-Data-Strategie muss von den Verwaltungen noch mit mehr Leben gefüllt werden (S. 121)	Open Data: In offenen Programmierschnittstellen (APIs) sollen Daten in Echtzeit in maschinenlesbarer Form und über Dateiformate zur öffentlichen, kostenfreien Nutzung bereitgestellt werden (88). Mit Open Data und vernetzten Sensoren im öffentlichen Raum soll die Lebensqualität und Service gesteigert werden (S. 21)	Um die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle auf Basis offener Daten zu beschleunigen, sollte die nächste Ausbaustufe der Open-Data-Strategie dem Grundsatz „Openness-by-Default“ folgen: Die Behörden stellen die vorhandenen Daten standardmäßig ins Netz. Nur personenbezogene oder sicherheitsrelevante Daten werden eingeschränkt.

BAUEN UND WOHNEN / SMART CITY

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Mietenpolitik	Zentrales Ziel der Wohnungspolitik ist der Bau von mindestens 300.000 neuen Wohnungen bis 2035. ... Weil wir dieses Ziel nur mit allen Akteuren der Wohnungspolitik erreichen werden, setzen wir auf ein Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen in Berlin. (S. 59)	SPD Berlin bedauert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mietendeckel-Gesetz (S. 35). Wichtigstes Ziel ist es nun, soziale Härten infolge der Nachforderung von Mietzahlungen zu vermeiden (S. 36) Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften: Kurs einer sozialen Mietgestaltung konsequent fortsetzen (S. 36)	Ziel ist ein bundesweiter Mietendeckel oder eine Länderöffnungsklausel, die es den Ländern erlaubt, Mietpreise zu deckeln und zu regulieren. (S. 6)	Nachdem klar ist, dass Berlin nicht die Zuständigkeit für einen Mietendeckel hatte, soll alles getan werden, um Mieten zu schützen. Berlin soll gemeinwohlorientiert und nachhaltig umgebaut werden (S. 48)	Der Berliner Sonderweg des „Mietendeckels“ ist ein Irrweg. Er schafft keinen zusätzlichen Wohnraum, sondern verknappt diesen und bremst Investitionen (S. 32)	Bündnis für mehr Wohnungsbau einrichten – mit allen Beteiligten (u.a. Politik, Verwaltung, öffentlichen und privaten Wohnungsbauunternehmen)
Enteignungen von Immobilienunternehmen	Ablehnung der im Volksbegehren geforderte Massen-Enteignung von Wohnungen. Ein Enteignungs-Gesetz wird es mit uns nicht geben. (S. 63)	Keine Befürwortung von Enteignungen, aber auch kein eindeutiges Dementi. <i>Franziska Giffey: „Ich halte Enteignungen nicht für das richtige Mittel“ (Interview in der Berliner Morgenpost, 27. Mai 2021).</i>	Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ (S. 12)	Unterstützung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen“ enteignen (S. 49) „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“: In 30 Jahren, 50 Prozent aller Berliner Wohnungen in gemeinwohlorientierter Hand (S. 50)	Enteignungen sind ein Verstoß gegen das GG und zugleich ein unannehmbarer Eingriff in die soziale Marktwirtschaft. Zudem sind sie keine Lösung für das Berliner Wohnungsproblem und eine enorme Belastung für den Landeshaushalt (S. 47)	Enteignungen verstoßen gegen Artikel 14 Abs. 1 Grundgesetz Enteignungen schaffen keinen neuen Wohnraum Enteignungsdebatte schadet dem Wirtschaftsstandort (siehe auch Standortpolitik)

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Wohnungsbau	<p>Aufbau des Bündnisses für bezahlbares Bauen und Wohnen mit allen Akteuren der Wohnungsbaupolitik in Berlin. (S. 59)</p> <p>Beschleunigung von Planen und Bauen durch Entschlackung von Vorschriften und eine neue Genehmigungskultur. (S. 59)</p>	Bis 2030 Bau von 200.000 Wohnungen mit genossenschaftlichem und privatwirtschaftlichem Wohnungsbau (S. 33).	Bis 2026 Bau von 19.000 neue Wohnungen in einem gemeinsamen Vorgehen von Land, Bezirken und breiter Öffentlichkeitsbeteiligung. (S. 13)	<p>„Bauwende“ umsetzen.</p> <p>KfW-40 soll Standard beim Neubau und KfW-55 Standard im Bestand werden. (S. 53)</p>	Es braucht ein gleichberechtigtes Miteinander von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und privaten Wohnungsbauunternehmen (S. 32)	<u>Wohnungsbau beschleunigen</u> durch: digitale Planungsprozesse (siehe BIM), vereinfachte Genehmigungsverfahren, entbürokratisiertes Vergabegesetz und bessere personelle und technische Ausstattung der Bauverwaltung
Tempelhofer Feld	Unser Vorschlag ist ein Tempelhofer Wald als neue grüne Lunge der Stadt, ergänzt um nachhaltige Wohnquartiere am Rand des Feldes. ... Die letzte Entscheidung sollen die Bevölkerung mit einer Volksbefragung haben. (S. 71)	Offen für Wohnungsbau auf ausgewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes. Dabei soll der Erhalt von Freiflächen zur Erholung und Bewegung sichergestellt werden. (S. 34).	Das Tempelhofer Feld ist als Ganzes frei zu halten (S. 14)	Erhalt des Tempelhofer Feldes als einer der größten (...) Grünflächen Berlins (S. 18).	Erneuter Volksentscheid für eine Randbebauung mit „Berliner Mischung“ (Haushalte mit unterschiedlichen Einkommen und ein Miteinander von Wohnen und Gewerbe (S. 20).	<u>Randbebauung</u> des Tempelhofer Feldes ermöglichen.
Smart-City / BIM Building Information Modelling	Wir werden einen echten Masterplan für die Smart City Berlin entwickeln. So stellen wir sicher, dass Berlin schnellstmöglich an jeder Stelle innovativ, intelli-	Als Modellprojekt des Bundes die Berliner Smart-City-Strategie formulieren und umsetzen. Leitbild: „Wir wollen, dass Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und Teilhabe		Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche ... schaffen wir den richtigen	Mit Smart-City-Technologien eine neue Ära der datengetriebenen Verkehrs- und Stadtplanung für Berlin einläuten (S. 84).	<p><u>Smart-City-Strategie</u> muss grundlegend überarbeitet werden</p> <p><u>Smart-City-Ansatz</u> in allen Abteilungen des Senats für Stadtentwicklung verankern</p>

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
	gent und interaktiv wird. (S. 80)	die Maßstäbe für die Digitalisierung der Stadt sind“ (S. 69)		Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse. (S. 119)		Wissenschafts- und Wirtschaftskompetenz zum Zukunftsthema <u>BIM in Innovationszentrum</u> bündeln
CityLAB / InfraLAB / TXL Urban Tech Republic	Urban Tech Republic zur digitalen Modellstadt entwickeln. Digitale Wirtschaftszone können eine moderne effiziente Verwaltung erprobt werden. (S. 72)	Mittelfristig Präsenz des CityLab in den Bezirken erhöhen – unter Einbeziehung der lokalen Wirtschaft (S. 66). Verknüpfung der Siemensstadt 2.0. mit dem Innovationspark „TXL – Urban Tech Republic“ (S. 60)	CityLab muss deutlich besser unterstützt und finanziell ausgestattet werden (S. 106) Das CityLab als Ort für einen Showroom des IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) entwickeln (S. 106)	Bekanntnis zum CityLab und InfraLab (S. 119)	In Abstimmung mit allen Akteuren [...] wollen wir die aktuellen Pläne für die Nachnutzung des Flughafengeländes in Tegel technologieoffen und nachhaltig, aber auch wirtschaftsfreundlich weiterentwickeln. (S. 25)	<u>Aktivitäten von CityLAB, InfraLAB und TXL UTR in Smart City Strategie bündeln</u> TXL Urban Tech Republic (inkl. Schumacher Quartier) als <u>Smart City Showroom</u> entwickeln

MOBILITÄTS- UND VERKEHRSPOLITIK

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Ausbau des ÖPNV	<p>Erweiterungen U1, U5, U6 U0 und U10 planerisch vorbereiten. (S. 23)</p> <p>Berlin-Takt: alle 10 Minuten ein Verkehrsmittel.</p> <p>Magnetschwebbahntechnik als kostengünstige Alternative zum U- und S-Bahnbau z.B. Erschließung des BER. (S. 25)</p> <p>365-Euro-Ticket auf freiwilliger Basis. (S. 20)</p>	<p>Wir beginnen umgehend mit den Planungen von fünf Linienverlängerungen bei der U-Bahn: U2, U3, U8, U7 (BER) und U7 (Heerstraße) (S. 41).</p> <p>Ausbau der S-Bahn (i2030-Projekte); mehr Züge und dichtere Taktung; mehr Park&Ride Angebote (S. 38)</p> <p>Wir wollen den Straßenbahnausbau [...] beschleunigen (S. 41)</p>	<p>Mittelfristig Planung von neuen U-Bahn-Linien, wo eine Erweiterung des U-Bahn-Netzes erforderlich ist. (S. 56)</p> <p>Zur Lösung der Verkehrsprobleme in den nächsten Jahren alle Kraft auf den Straßenbahnausbau ausrichten. (S.56)</p>	<p>Tram-Ausbau vor U-Bahn-Ausbau; gezielter Ausbau des S-Bahn-Netzes (i2030-Projekte) (S. 29)</p> <p>Instrumente wie City-Maut, Parkgebühren, Nahverkehrs- und Touristenabgabe oder monatliche Abgabe aller Berliner für Verkehrsfinanzierung untersuchen (S. 31)</p>	<p>ÖPNV muss attraktiver werden: durchgängiger Nachtverkehr, eine Takterhöhung hochfrequenzierter Verbindungen, eine bessere Erschließung der Außenbereiche durch flexible Rufbussysteme, Bezahlung über zeitgemäße digitale Bezahlungssysteme und die Möglichkeit zur Echtzeitverfolgung von Bussen und Bahnen und der Auslastung einzelner Wagen und Fahrzeuge. (S. 40).</p>	<p>ÖPNV über alle Verkehrsmittel ausbauen – dabei aber auch die Wirtschaftlichkeit betrachten (siehe Kauf von Elektrobussen der ersten Generation)</p> <p><u>Gleichzeitiger Ausbau von Tram- und U-Bahn.</u> Der einseitige Fokus auf den Tram-Ausbau würde den Ausbau von U-Bahn und S-Bahnstrecken massiv verzögern</p>
Motorisierter Individualverkehr	<p>Im fairen Miteinander aller Mobilitätsformen hat auch das Auto seinen berechtigten Platz. (S. 20)</p> <p>Bis 2030 sollen 75 Prozent der Fahrzeuge in Berlin emissionsfrei sein. (S. 32)</p>	<p>Ziel ist eine sozialverträgliche, nachhaltige Mobilitätswende, die dazu beiträgt, Verkehr zu vermeiden, verlagern und zu verbessern sowie den Anteil des Umweltverbundes zu erhöhen (...) (S. 37)</p>	<p>Verbot von Neuzulassungen von Kfz. mit Verbrennungsmotor ab 2030 und Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit (S.55)</p>	<p>Einfahrverbot für Verbrenner bis 2030 in der Innenstadt und ganz Berlin bis 2035; emissionsfreier Autoverkehr (S. 34)</p>	<p>Keine Tempo-30-Zonen auf Hauptstraßen (S. 41)</p> <p>Mehr Tiefgaragen und Parkhäuser, intelligente Parkleitsysteme verringern Parksuchverkehr</p>	<p>E-Mobilität bedingt den Ausbau der Ladeinfrastruktur</p> <p>Emissionen durch intelligente Verkehrssteuerung senken</p> <p>Verkehrsdatenplattform einrichten</p>

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
City-Maut	Keine City-Maut! Eine solche Zwangsabgabe würde Mobilität weiter verteuern. (S. 29) Eine Maut wäre unsozial, denn sie trifft Menschen mit wenig Geld besonders hart treffen. (S. 29)	Eine City-Maut lehnen wir ab (S. 37)	Die City-Maut lehnen wir entschieden ab. (S. 58)	City-Maut bis 2030 in der Innenstadt	Keine City-Maut (S. 42)	Eine City-Maut würde die Betriebskosten von Unternehmen erhöhen und die Fahrtkosten von Pendlern verteuern. Weiträumige Ausweichverkehre wären zu erwarten.
Wirtschaftsverkehr	Wirtschaftsverkehr bei der Infrastrukturplanung angemessen berücksichtigen. Für den Lieferverkehr sollen verstärkt Lieferzonen ausgewiesen werden. Lieferverkehre smart vernetzen und neue Konzepte wie Micro Hubs umsetzen. (S. 37)	Den Wirtschaftsverkehr werden wir mit intelligenten Lösungsansätzen wie dem emissionsarmen Transport von Waren über Verteilerpunkte oder der Förderung von emissionsfreien Kleintransportern klimafreundlich weiterentwickeln (S. 24)	Im Güternahverkehr, schlagen wir vor, elektrisch betriebene Kleintransporter, Elektroautos und Lastenfahrräder einzusetzen. Wir wollen, dass mehr anbieterneutrale Mikrodepots und Paketboxen installiert werden. Wir schlagen vor, in jeder Straße Liefer- und Wirtschaftsparkzonen einzurichten.	Den Lieferverkehr auf der letzten Meile wollen wir so weit wie möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder und Elektrolieferfahrzeuge verlagern.	Wir wollen Angebote zur intelligenten Optimierung des Wirtschaftsverkehrs schaffen, die beitragen, die Transportleistung wirtschaftlicher und umweltfreundlicher zu machen. Es sollen Rahmenbedingungen definiert werden, um den Aufbau von Paketstationen, Micro-Hubs und vernetzten Logistiklösungen im innerstädtischen Wirtschaftsverkehr durch private Unternehmen ... zu ermöglichen.	Wirtschaftsverkehr ist mehr als Pakettransport „auf der letzten Meile“. Er sichert die gesamte Funktionsfähigkeit der Stadt und muss Priorität im Mobilitätssystem haben. Eine Verlagerung des Warenverkehrs auf Lastenfahrräder ist weder technisch noch organisatorisch und personell realisierbar. Sinnvoll ist die Förderung der Anschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben und/oder Kraftstoffen.

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Straßenausbau A100 / TVO	<p>Investitionsoffensive beim Straßenbau. (S. 28) Auflegen eines Sonderprogramms „Brücken“ (S. 29)</p> <p>Wir stehen zum Weiterbau der A100 über den derzeit im Ausbau befindlichen 16. Bauabschnitt hinaus. (S. 30) Die Endlosgeschichte der Planung der TVO wollen wir zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. (S. 30)</p>	<p>Brücken, Tunnel und Straßen instandhalten, TVO Planungen voranbringen (S. 42).</p> <p>Weiterführung der A100 mit einem 17. Bauabschnitt soll im Rahmen einer ergebnisoffenen gesamtstädtischen Bürgerbeteiligung diskutiert und entschieden werden (S. 42)</p>	<p>Kein Weiterbau der A100 (S. 60)</p> <p>Unterstützung des Baus der TVO (S. 60)</p>	<p>Straßensanierungen fortführen</p> <p>Keine Verlängerung der A100. Die in Berlin liegenden Straßenprojekte des Bundesverkehrswegeplans sollen gestrichen werden (S. 34)</p>	<p>Die zügige Fertigstellung der A100, einschließlich ihres 17. Bauabschnitts, und der Tangentialverbindung Ost (TVO) sowie neuer Straßenverbindungen, vor allem im Nordosten und Süden der Stadt, haben für uns daher weiterhin Priorität. (S. 41)</p>	<p>Sonderprogramm „Brückensanierung“ auflegen</p> <p>Straßensanierung mit der Installation von Verkehrssensorik verbinden</p> <p>A100 Verlängerung ist ein Bundesprojekt mit zwei Bauabschnitten. Nur das komplette Projekt wird die volle Entlastungswirkung bringen.</p> <p>Die Umsetzung der TVO muss beschleunigt werden.</p>
Radverkehr	<p>Qualitätsverbesserung von Radwegen und Fahrradstraßen. Beendigung der baulichen Vernachlässigung von Radwegen.</p> <p>Die Schaffung durchgehender Fahrradschnellwege entschlossen vorantreiben. (S. 26)</p>	<p>Radwege und Rad-schnellwegenetz schneller als bisher ausbauen (S. 39).</p> <p>In Parks können Rad-schnellwege nur gebaut werden, wenn eine bauliche Trennung möglich ist (S. 40)</p>	<p>Umsetzung des Mobilitätsgesetzes beschleunigen, um Fuß-, Rad- und öffentlichem Personennahverkehr Vorrang einzuräumen (S. 55)</p>	<p>Mehr Tempo beim Radwegebau und Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen (S. 33)</p>	<p>Zusammenhängendes Wegekonzept für das Fahrrad mit neuen Fahrradschnellwegen (S. 40)</p>	<p>Sicherheit des Radverkehrs erhöhen</p> <p>Bei der Installation von Radwegen Zuliefer- und Ladezonen berücksichtigen</p> <p>Vor Neuaufteilung des Straßenraums Verkehrsdaten analysieren</p>

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Verkehrsinfrastruktur mit Brandenburg	<p>Ausbau der Schieneninfrastruktur in der Hauptstadtregion im Rahmen des Projekts „i2030“. Dazu zählt unter anderem der Ausbau der Bahnstrecken nach Rangsdorf, Velten und Nauen (S. 133)</p> <p>„Metropolexpress“: Brandenburg, Cottbus, Frankfurt/Oder besser mit Berlin verknüpfen (S. 23)</p> <p>Ausweitung der Tarifzone B (S. 26)</p> <p>Ausbau von Park & Ride und Bike & Ride (S. 132)</p>	<p>Gemeinsame Stadtentwicklungs- und Mobilitätsstrategie für eine gemeinsame Hauptstadtregion (S. 32)</p> <p>Projekt i2030 mit Brandenburg voranbringen und dabei Bezirke, Gemeinden und Landkreise einbeziehen (S. 41)</p>	<p>Wir unterstützen die Vorschläge des Bündnisses Schiene Berlin-Brandenburg. Auf der nachfragestärksten Linie nach Brandenburg (Havel) und Frankfurt (Oder) soll das Angebot zum Viertelstundentakt, auf weiteren Linien zum Halbstundentakt verdichtet werden. (S. 56)</p> <p>i2030 beschleunigen und weiterentwickeln; gemeinsame Infrastrukturgesellschaft der Länder mit der Deutschen Bahn (S. 57)</p> <p>S-Bahn-Strecken nach Oranienburg, Bernau, Strausberg, Spindlersfeld, Königs Wusterhausen, Teltow Stadt, Potsdam und Hennigsdorf zweigleisig ausbauen (S. 57).</p>	<p>Mit dem Programm „i2030“ wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer Bahnstrecke reaktivieren, neu oder ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder umgebaut werden. (S. 28)</p> <p>Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden, Stettin und an die Ostsee ein. (S. 26)</p> <p>Wir wollen in Abstimmung mit dem Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die Anbindung von Wirtschaftszentren an den Schienenverkehr und unsere Häfen zu verbessern. (S. 36)</p>	<p>Verkehrsinfrastruktur grundlegend modernisieren und Mobilität neu denken. Dabei Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt rücken. (S. 32)</p> <p>Wir wollen das vereinbarte i2030-Programm zum Ausbau der Schieneninfrastruktur in der Metropolregion zügig umsetzen. Dabei sollen Maßnahmen vorgezogen werden, die besonders schnell umsetzbar sind, um schnell sichtbare Erfolge erzielen zu können. (S. 39f)</p>	<p>Bei 300.000 Pendlern im gemeinsamen Wirtschaftsraum ist eine <u>abgestimmte Mobilitätsstrategie</u> notwendig.</p> <p><u>Planungskapazitäten erhöhen</u>, da die Umsetzung von Verkehrsprojekten viel zu lange dauert (z.B. 14 Jahre für Planfeststellung und Bau für die Strecke Spandau-Nauen)</p> <p>Eine Beschleunigung des i2030 fördert das Umsteigen von Pendlern auf den SPNV/ÖPNV.</p> <p>Lausitz infrastrukturell an Berlin anbinden: Entwicklungsschiene Berlin-BER-Lausitz</p>

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Klimaneutralität	Bis zum Jahr 2030 Senkung der CO ₂ -Emissionen um 65 %: Ziel ist die Klimaneutralität Berlins bis zum Jahr 2045. (S. 83)	CO ₂ und anderen Treibhausgasen in Berlin bis 2030 um 70 Prozent reduzieren und Berlin bis spätestens 2045 zu einer klimaneutralen Stadt machen (S. 20)	Berlin bis 2040 zur klimaneutralen Stadt machen. Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens. (S. 47)	Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. (S.4)	Die Klimaziele für Berlin richten sich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens aus. (S. 50)	Berlin hat bei der Erreichung der Klimaziele kein Gesetzes-, sondern ein <u>Umsetzungsproblem</u> : Viele richtige Maßnahmen, z.B. im BEK, wurden nicht umgesetzt.
Energetische Gebäudesanierung	Ambitionierte Klimaziele auch im Gebäudesektor erreichen. (S. 59) Bei der Sanierung der landeseigenen Gebäude konsequent auf nachhaltiges Bauen, dezentrale Energieversorgung und ausgeglichene Klimabilanz setzen. (S. 68)	Durch eine Energieberatungsoffensive sowie zusätzliche Landesförderprogramme soll die Sanierungsrate im Gebäudebestand systematisch erhöht werden. (S. 22)	Die Sanierungsrate von Gebäuden in Berlin soll auf mindestens 2 Prozent pro Jahr erhöht werden. (S. 48)	Deutlicher Ausbau der energetischen Gebäudesanierung und deren sozial gerechte Gestaltung. (S. 9)	Ablehnung von Verschärfungen der energetischen Anforderungen an Gebäude im Neubau und Bestand. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand hat bei allen Maßnahmen im Gebäudebereich. (S. 52)	Kaum Fortschritte bei der energetischen Gebäudesanierung im öffentlichen und privaten Bestand. Förderprogramme wurden nicht aufgesetzt oder sie waren so kompliziert, dass Mittel nicht abgerufen wurden.

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Kohleausstieg		Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze und die schrittweise Dekarbonisierung der Stadtwärme mit überprüfbaren Quoten bis 2050 (S. 22)	Den Kohleausstieg beschleunigen und das Kraftwerk Moabit spätestens 2025 und das Kraftwerk Reuter-West spätestens 2028 abschalten bzw. umrüsten. (S. 48)	Bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Berlin vom Netz nehmen. (S. 6)	Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. (S. 11)	Der Ausstieg aus der Kohleverstromung muss planungssicher erfolgen. Zudem müssen die Wege zur CO2-Minderung technologieoffen sein.
CO2-Mobilitätsbeitrag	Unsere ambitionierten Klimaziele im Bereich Mobilität erreichen wir 509 über Angebote statt über Verbote, über Anreize statt über Zwang. (S. 20)	Wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzes ist die Verkehrswende. ... Zur Reduzierung der CO2-Emissionen soll der ÖPNV ausgeweitet, mehr und bessere Fuß- und Radwege geschaffen und die Elektromobilität rasch ausgebaut werden (S. 25)	Prüfung, ob und wie Null-Emissions-Zonen einen geeigneten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor darstellen können (S. 55).	Für die Einhaltung des 1,5-Grad-Pfades ist eine Verkehrswende dringend nötig. ... Bis spätestens 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten. (S. 6)	Betriebshöfe von Land, Bezirken und Eigenbetrieben sollen ihren Beitrag zum klimafreundlichen Verkehr leisten. (S. 51)	<u>Steigende Zulassungszahlen von E-Autos</u> belegen die zunehmende Attraktivität neuer klimaschonender Lösungen. Insofern steigt der CO2-Mobilitätsbeitrag. Mit politischen flankierenden Maßnahmen – Ausbau Ladesäulen – kann der Umstieg beschleunigt werden.
Solarpflicht	Solardächer: Förderung statt Zwang. Das Solargesetz soll novelliert werden und der Anteil an Solardächern im öffentlichen und privaten Gebäudbereich bis zum Ende der Legislaturperiode vervierfachen. (S. 68)	Solarenergie ist einer der zentralen Bausteine für die klimaneutrale Stadt. Daher soll bis 2050 der in Berlin erzeugte Solarstromanteil auf 25 Prozent steigen (S. 21)	Solarpflicht für Neubauten und für die Dachsanierung von Bestandsgebäuden. (S. 49)	Gesetzliche Festschreibung, dass der Einbau von Solaranlagen zur Strom- und Wärmegewinnung bei Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten verpflichtend wird. (S. 10)	Ablehnung eines Zwangs zur Errichtung von Solaranlagen im Neubau und auf Bestandsgebäuden (S. 52)	Sinnvoller als das Vorschreiben der Solartechnologie ist das <u>Festsetzen einzuhaltender Quoten</u> . Dann entscheidet der Eigentümer, mit welcher Technologie diese Quote erreicht werden kann.

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Wasserstoff-technologie	<p>Wir werden konsequent die Chancen für Berlin nutzen, die mit der neuen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung einhergehen. Berlin muss führend werden bei Forschung und Entwicklung dieses zukunftsfähigen Energieträgers. (S. 33)</p> <p>Für eine nachhaltige, vernünftige und unideologische Verkehrswende setzen wir auch auf die Wasserstofftechnologie. (S. 20)</p>	<p>SPD will die Metropolregion Berlin-Brandenburg zu einem Leuchtturm in Sachen Wasserstofftechnologie entwickeln (S. 22)</p>	<p>In Berlin soll nur grüner Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien produziert wird, zum Einsatz kommen. Dieser ist kostbar, denn er muss mit Ökostrom aufwendig hergestellt werden und hat hohe Umwandlungsverluste. Er soll deshalb nur dort genutzt werden, wo es keine direkte elektrische Alternative gibt, z. B. als Treibstoff für Schiffe und Flugzeuge oder in der Industrie. (S.48)</p>	<p>[...] Uns ist bewusst, dass nach aktuellem Wissensstand Wasserstoff und dessen Derivate rar und teuer sind. (S. 11)</p>	<p>Umfassende Wasserstoffstrategie für Berlin und Brandenburg umsetzen. Dabei sollen die Erzeugungskapazitäten für Wasserstoff vor allem in Brandenburg deutlich erhöht werden und Investitionen in Transportnetze und Speicher für Wasserstoff angestoßen werden. Große Verbraucher von Wasserstoff, z. B. die Stahl- und Chemieindustrie in Brandenburg, müssen gezielt in die Strategie einbezogen werden (S. 51)</p>	<p>Gemeinsame Wasserstoff-Strategie Berlin-Brandenburg entwickeln</p> <p>Produktion grünen Wasserstoffs in Brandenburg für Industrie und Verkehr erhöhen – dafür Mittel aus Bundesprogrammen nutzen</p>

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Duales Studium	Mehr duale Studienplätze in Berlin schaffen. ... Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Förderung des dualen Studiums (Bekanntmachung, Beratung). Damit Übernahme einer Lotsenfunktion zur passenden Hochschule und zu passenden Studiengängen. (S. 19)	Das Angebot des dualen Studiums soll weiter ausgebaut werden (S. 54)	Hochschulen, Industrie und IT-Dienstleister in ein Innovationsnetzwerk zusammenführen. Zusammenarbeit durch Forschungs Kooperationen, Förderung von dualen Studiengängen u. begleitete Abschlussarbeiten (S. 35)	<i>keine expliziten Aussagen zum dualen Studium</i>	<i>keine expliziten Aussagen zum dualen Studium</i>	<u>Empfehlungen der Landeskommision umsetzen:</u> Landesagentur einrichten, zusätzliche Mittel neue duale Studiengänge, einheitliche Qualitätsstandards für duale Studiengänge
Wissens- und Technologietransfer / IFAF Institut für angewandte Forschung Berlin	Um den Transfer von Wissen und Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft langfristig zu stärken, wollen wir unternehmerische Kompetenz in der Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verankern (S. 121)	Den Wissens- und Technologietransfer, zum Beispiel im Institut für angewandte Forschung Berlin (IFAF) weiterentwickeln (S. 56).	Das Institut für angewandte Forschung (IFAF) unterstützen wir bei der Neuaufstellung durch eine bessere Finanzierung und durch dauerhafte Strukturen. (S. 100)	Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten an der Schnittstelle von Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft werden wir die Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen [...] verbinden. (S. 118)	Förderung von Kooperationen der Berliner Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen. So tragen die Universitäten noch stärker zum Wachstum des Forschungsökosystems bei und eröffnen ihren Studierenden zusätzliche Chancen (S. 17)	Hochschulen für den Wissens- und Technologietransfer <u>finanziell und personell besser ausstatten.</u> Die Finanzierung des Instituts für angewandte Forschung IFAF verstetigen

FINANZEN

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Grundsätze Haushaltspolitik	Erst durch einen Kas- sensturz gibt es eine verlässliche Grundla- ge für eine mittelfris- tige Finanzplanung, die die Haushaltsrisi- ken realistisch abbil- det, nur so kann es gelingen, krisensiche- re Haushalte aufzu- stellen (S. 43)	Leitbild: konsolidieren und investieren (S. 69) Kein „Heraussparen“ aus der Krise (S. 70)	Handlungsfähigkeit der Bezirke sichern: Dafür Finanzierungs- system ändern (S. 70). Tilgungsverpflichtung maximal strecken (S.71)	Haushaltspolitik: Be- kenntnis zu einer nachhaltigen Haus- haltspolitik und Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die Zukunft (S. 174)	Schuldenabbau: Das Ziel sollte sein, die Pro-Kopf- Verschuldung zu- nächst auf den Schnitt der anderen Bundes- länder zu senken. Einnahmen durch Wirtschafts- u. Be- schäftigungswach- stum steigern, nicht durch Steuererhö- hungen (S. 44)	<u>Schulden</u> nur zur Be- wältigung unmittelba- rer <u>Krisenfolgen</u>
Steuerpolitik/ Einnahmen	Vorübergehende Ab- senkung des Gewer- besteuerhebesatzes (auch in Verbindung mit dem Thema Neu- start; S. 35)	Grundsteuer abwei- chend vom Bundes- modell reformieren, dass der Bodenwert stärker als bislang Berücksichtigung findet. SPD wird nicht mehr die Grundsteuer als Betriebskosten auf die Mieter umlegen (S. 35)	Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer i.S.e. Millionärssteuer. Ge- werbsteuer zu einer Gemeindewirtschaft- steuer weiterentwi- ckeln (S.72) Hebesatz der Gewer- besteuer anheben (S.72) Deutliche Erhöhung der Grunderwerb- steuer auf Berliner Ebene prüfen. (S.14)	Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Bodenwert- steuer (S. 56) Umgehung der Grunderwerbsteuer durch „Share-Deals“, ausschließen (s. 56) Wiedereinführung einer Vermögensteu- er; flexiblere Schul- denbremse (S. 178)	Gewerbesteuer- hebesatz nicht erhö- hen – Spielräume für Absenkung schaffen (S. 23) Grundstücke, die mit- tel- oder unmittelbar in Landeseigentum sind und nicht für künftige Aufgaben benötigt werden, sollen veräußert wer- den, um Wohnraum zu schaffen (S. 33)	<u>Keine Steuererhö- hungen</u> Durch Wirtschafts- wachstum muss der finanzpolitische Spiel- raum – wie vor der Krise – erhöht wer- den. Dies ermöglicht die gleichzeitige In- vestition und Konsoli- dierung.

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
Schuldenbremse	Schuldenbremse ist zentral für solide Haushaltspolitik. CDU strebt eine möglichst schnelle Rückkehr zur Schuldenbremse an (S. 44).	Schuldenbremse soll bis auf Weiteres ausgesetzt werden (S. 70).	Ablehnung der Schuldenbremse (S. 71).	Schuldenbremse flexibler gestalten (S. 178).	Schuldenbremse ist sinnvoll und lässt sich auch in Krisenzeiten ausreichend finanziellen Spielraum nach Pandemie wieder anwenden (S. 44).	<u>An Schuldenbremse festhalten</u> - insbesondere aufgrund des Anstiegs der Verschuldungsquote als Folge der Corona-Krise

BERLIN UND BRANDENBURG

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B'90/Die Grünen	FDP	UVB-Positionen
<p>Zentrale Themen in der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg</p> <p>(Kooperation in der Verkehrspolitik siehe Seite 20)</p>	<p>Diverse Themen in der Zusammenarbeit, in den verschiedensten Politikfeldern.</p> <p>Metropolraumkonferenz und Sonderausschuss Metropolregion zur vertieften Zusammenarbeit mit Brandenburg und den umliegenden Kommunen (S. 73)</p> <p>Wir werden Gespräche zur Fusion der beiden Wirtschaftsfördergesellschaften [...] aufnehmen und bei einer Zustimmung des Nachbarlandes diese schnell umsetzen. (S. 37)</p> <p>Wir wollen die Möglichkeiten einer gemeinsamen Internationalen Bauausstellung (IBA) 2030 mit Brandenburg unbedingt nutzen. (S.73)</p>	<p>Wir wollen die gemeinsame Innovations- und Clusterstrategie (innoBB 2025) mit Brandenburg ausbauen und Berlin-Brandenburg zusammenhängend weiterentwickeln. Das schließt Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung genauso mit ein wie Mobilitätskonzepte und Abfallwirtschaft.</p> <p>Zudem sollen wirtschaftsfördernde Institutionen wie Berlin Partner und Visit Berlin mit ihren Brandenburger Partnern enger kooperieren können.</p>	<p>Diverse Themen in der Zusammenarbeit, u.a. in der Wohnungspolitik (S. 10), in der Klimapolitik und im Strukturwandel in der Lausitz (S. 46), in der Gewerbesteuerpolitik (S.71), in der Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik (S.43 und 79), in der Forschung und Lehre (S. 100 und 101)</p>	<p>Diverse Themen in der Zusammenarbeit, u.a. in der Ernährungswirtschaft (S. 38 und S. 40), in der Medienwirtschaft (S.161) sowie in der Energiewirtschaft (S.5 und 9)</p> <p>Gemeinsam mit Brandenburg planen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA), um die großen Themen der Urbanisierung, der städtebaulichen Nachhaltigkeit, der Mobilitäts- und Bauwende, [...] beispielhaft und praktisch umzusetzen. (S. 22)</p> <p>Gemeinsam mit Brandenburg wollen wir in enger Abstimmung mit den Forstverwaltungen ein Holzbau-Cluster aufbauen. (S 24)</p>	<p>Gemeinsam mit Brandenburg einen Masterplan für die Metropolregion mit dem Ziel einer abgestimmten Clusterpolitik, integrierter Planung und Infrastrukturentwicklung entwerfen und fortentwickeln (S. 25)</p> <p>Gemeinsame Sitzungen von Ausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Landtags – engere Zusammenarbeit, die gemeinsame Institutionen umfassen kann. (S. 25)</p>	<p><u>Strategischen Gesamtrahmen</u> „Hauptstadtregion“ konsequent <u>umsetzen</u></p> <p>Wirtschaftsprojekte wie BER, TESLA, Lausitz-Strukturwandel länderübergreifend bearbeiten;</p> <p>Gemeinsame Wirtschaftsförderstrategien entwickeln: u.a. gemeinsames Außenwirtschaftskonzept, Digitalisierungsstrategie,</p> <p>Masterplan Industriestadt Berlin und Industrieleitlinien Brandenburg zusammenführen</p>